Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 96 (2002)

Heft: 6

Artikel: NW-Gespräch mit Jakob Tanner : "Die Schweiz sollte realisieren, dass sie kein 'Sonderfall' ist"

Autor: Tanner, Jakob

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-144351

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

NW-Gespräch mit Jakob Tanner

«Die Schweiz sollte realisieren, dass sie kein ‹Sonderfall› ist»

Die «Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg» hat am vergangenen 22. März ihren 600 Seiten starken Schlussbericht der Öffentlichkeit übergeben. Aus diesem Anlass wollte der Redaktor der Neuen Wege von Jakob Tanner, einem der neun Mitglieder der Kommission, wissen, worin der Erkenntnisgewinn dieser Arbeit besteht. Neue Aspekte sieht Jakob Tanner vor allem in der Darstellung der damaligen Handlungsspielräume und damit auch der (verdrängten) Verantwortung der Entscheidungsträger. Er verwahrt sich gegen den Vorwurf, dass die sog. Aktivdienstgeneration aus heutiger Sicht be- oder gar verurteilt werde. Aber: «Ein Land, das sich so humanitär inszeniert wie die Schweiz, darf sich nicht wundern, wenn man die Werte, für die es damals stehen wollte, ernst nimmt und zur Beurteilung der praktizierten Politik einsetzt.» Das Fazit des kritischen Historikers heisst, dass es für die Schweiz mit Alleingang und Sonderfall endgültig vorbei ist. – Jakob Tanner ist seit 1997 Ordentlicher Professor für Allgemeine und Schweizer Geschichte der neueren und neuesten Zeit an der Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Zürich. Unser Gesprächspartner musste die Fragen per E-Mail beantworten, da er zur Zeit am Wissenschaftskolleg in Berlin arbeitet. *Red.*

Wichtig ist, was nun an den Schulen passiert

Neue Wege: *Eben hat die «Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg» ihren Schlussbericht «Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg» veröffentlicht (Pendo Verlag, Zürich 2002). Die Zeitungen haben darüber sehr ausführlich berichtet. Aber damit schien «der Fall» auch schon erledigt zu sein. War's das?*

Jakob Tanner: Das glaube ich nicht. Die Medien berichten allerdings sehr unstet über solche Vorgänge, das liegt in der medialen «*Ökonomie der Aufmerksamkeit*» begründet. Insbesondere Zeitungen und Fernsehen sind starken thematischen Konjunkturschwankungen unterworfen; weil das Mediensystem weitgehend selbstreferentiell ist, stürzen sich alle auf dieselben Neuigkeiten. Auf diese Weise spitzen sich Sensationen gleichsam automatisch zu, aber die Halbwertszeit der News ist gering, und grossen Schlagzeilen geht rasch die Luft aus. Es wäre unrealistisch, hier eine über lange Zeit hinweg laufende konstante Auseinandersetzung über die Forschungsresultate der UEK zu erwarten.

Aber es gibt auch kleinere Zeitschriften oder alternative Programmgefässe, die weniger solchen Abnutzungserscheinungen unterworfen sind. Es gibt zudem eine interessierte Öffentlichkeit, die sich auch direkt über unsere Publikationen und insbesondere den Schlussbericht informiert. Auch Ausstellungen, Vorträge und Diskussionsveranstaltungen tragen zur Verstetigung der Diskussion bei. Und, nicht zu vergessen: Sehr wichtig ist auch, was an den Schulen passiert. Wenn unsere Forschungsergebnisse Eingang in den *Unterricht* und in die *Lehrmittel* finden werden, dann wirkt das nachhaltig und regt eine fundierte Auseinandersetzung mit der Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert an.

Neue Aspekte verdrängter Verantwortung

NW: *Hat die UEK, von Einzelheiten abgesehen, überhaupt neue Erkenntnisse gebracht, oder hat sie nicht eher Erkenntnisse der kritischen Geschichtsforschung seit 1968 bestätigt, gewissermassen «etabliert» – was natürlich auch nicht geringzuschätzen wäre?*

JT: Aufgrund des *beschönigten Geschichtsbildes* hatten viele Erkenntnisse, zu welchen die Geschichtsschreibung seit den 1970er Jahren gelangte, den Charakter von Enthüllungen und Mythenkritik. Wer damit gerechnet hat, die UEK würde weitere solche Skandale anliefern und reihenweise bisher nicht einmal ansatzweise bekannte Geschäftsbereiche aufdecken, ist nun wohl enttäuscht.

Was die Goldtransaktionen, die nachrichtenlosen Vermögen, die Tarngeschäfte, die industrielle Kooperation und die Waffenlieferungen betrifft, so wurden bisherige Schätzungen bzw. Vermutungen im Grossen und Ganzen *bestätigt*. Wer sich für eine differenzierte Analyse der Vergangenheit interessiert, kommt aber reichlich auf die Rechnung. In allen den genannten Bereichen hat die UEK wesentliche *neue Aspekte* zutage befördert. Indem wir systematisch danach fragten, welche *Handlungsspielräume* es gab und über welches *Wissen* die Entscheidungsträger verfügten, konnten wir zeigen, wie Unternehmen mit solchen Wahlmöglichkeiten umgingen. Es gab eine generelle Tendenz, flexibel in kriegsbedingte Geschäftsentwicklungen einzusteigen, das Wissen um Verfolgung und Vernichtung zu verdrängen oder zu verheimlichen und Fragen der Verantwortung auszuklammern.

Wir konnten in verschiedenen Studien – insbesondere bei jenen, die sich mit kommerziellem Austausch und Tarnoperationen befassten – die grosse Bedeutung von *persönlichen Beziehungsnetzen* und Netzwerken nachweisen und hier auch neue, bisher unbekannte Vorgänge darstellen. Insbesondere die *Versicherungswirtschaft* stand bisher stark im Windschatten der historischen Forschung. Diese und weitere Studien beschreiten Neuland.

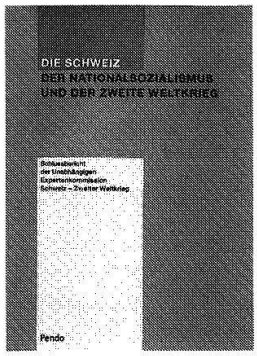
Auch was die *Nachkriegszeit* betrifft, so legt die UEK erstmals Ergebnisse über Verdrängungsleistungen und die Verhinderungsstrategien im Bereich der Restitution von Vermögenswerten vor, über die bisher nirgends etwas nachzulesen war.

Mühsame Debatte um die Zahl der zurückgewiesenen Flüchtlinge

NW: *Der Schlussbericht der UEK sagt, die Schweiz habe mit der Abweisung oder Ausschaffung von 20 000 Flüchtlingen dazu beigetragen, «dass die Nationalsozialisten ihre Ziele erreichen konnten» (S. 526). Jean-François Bergier hat als Präsident der Expertenkommission anlässlich der Vorstellung des Schlussberichts noch schärfer formuliert, «die Politik unserer Behörden» habe «dazu beigetragen, das grausamste Ziel der Nazis zu verwirklichen: den Holocaust». Auch wenn die Zahlendebatte an diesem Verdikt nichts ändert, stellt sich doch die Frage, wie die 20 000 zu gewichten seien. Müssten die abgelehnten Einreisegesuche nicht auch berücksichtigt werden? Hinzu käme wohl die Dunkelziffer all jener, die es wegen der abschreckenden Wirkung der schweizerischen Flüchtlingspolitik gar nicht mehr wagten, sich um Asyl in unserem Land zu bemühen.*

JT: Um die von uns genannten Zahlen entbrannte eine eher mühsame Debatte, die durch einige Journalisten mit ebenso polemischen wie unbedarften Kritiken angeheizt wurde. Wir haben in unseren Stellungnahmen festgehalten, dass die Zahl von *20 000* zurückgewiesenen Flüchtlingen *als Untergrenze* eine zuverlässige Schätzung darstellt.

Was die *Abschreckungswirkung* der Grenzschliessung und der Behördenpraxis betrifft, so weisen wir darauf hin,



Schlussbericht der Unabhängigen Expertenkommission Schweit – Zweiter Weltkrieg, erschienen im Pendo-Verlag.

dass diese Vorgänge höhere Zahlen plausibel machen, aber wir wollten eben keine Spekulationen publizieren. An unserer *grundsätzlichen und harten Bewertung* würden höhere Zahlen nichts ändern. Die Auswirkungen der schweizerischen Flüchtlingspolitik waren für die betroffenen Menschen in jedem Fall gravierend.

Der Beitrag der Schweiz zur Wiederaufrüstung Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg

NW: *Die UEK sagt zwar, die Schweiz habe mit ihren Rüstungsexporten und Clearing-Krediten den Krieg nicht verlängert. Was ob der beruhigten Genugtuung über diese Erkenntnis untergeht, ist die andere Aussage der UEK, die Schweiz sei vor dem Krieg der wichtigste Standort der verdeckten deutschen Aufrüstung gewesen. Ohne diese Vorleistung wäre das nationalsozialistische Deutschland nicht in der Lage gewesen, innert kürzester Zeit einen gesamteuropäischen Krieg zu entfesseln.*

JT: Dass die Schweiz nach dem Ersten Weltkrieg ein wichtiger *Standort für die vom Versailler-Vertrag verbotene Aufrüstung Deutschlands* war, war ansatzweise bekannt, doch die Studie von *Peter Hug* bringt hier eine grosse Fülle neuer Informationen und ordnet diese in einen grösseren historischen Zusammenhang ein. Man darf diese Entwicklung allerdings nicht deterministisch sehen; es war in den 20er Jahren nicht klar, dass die Weimarer Republik auf eine solch katastrophale Weise scheitern und den Weg für Hitler und den von ihm entfesselten Zweiten Weltkrieg frei machen würde. Als es dann aber so weit war, zeigte sich, dass die Schweiz einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau der deutschen Reichswehr bzw. der Wehrmacht geleistet hatte.

Für die forcierte Rüstungspolitik, welche das NS-Regime vor allem nach 1936 betrieb, war dann die Schweiz nicht mehr so wichtig wie ein Jahrzehnt zuvor. Auch für die Kriegsjahre gilt es, die Proportionen zu sehen. Indem der UEK-Bericht aber das *Verhalten der schweizerischen Waffenexporteure* beschreibt und zeigt, mit welchen Summen von Schmier- und Bestechungsgeldern und mit welcher Willfährigkeit diese Unternehmer auch während der Kriegsjahre versuchten, trotzdem im Geschäft zu bleiben, verhindert er allerdings, dass sich Genugtuung ausbreiten kann.

Keine umfassende Politik- und Mentalitätsgeschichte

NW: *Soweit ich sehe, ist in den Berichten wenig von einem anpassungswilligen Bürgertum zu lesen, etwa auch vom Ruf nach der autoritären Demokratie oder vom Antisemitismus im rechtsfreisinnigen wie im katholisch-konservativen Milieu.*

JT: Grundsätzlich muss man hier sehen, dass die UEK ein *Mandat* erhielt, dessen Schwergewicht ganz klar auf der Analyse der *Vermögenstransaktionen* und der *wirtschaftlichen Verflechtungen* lag. Dazu gehören selbstverständlich auch politische Fragen. Doch wir mussten Schwerpunkte setzen.

So setzten wir – nach langer Diskussion – eine Studie, die sich mit der Mentalität der schweizerischen Wirtschaftseliten hätte befassen sollen, ab, weil wir sonst zu wenig Zeit gefunden hätten, das *Archivprivileg* ausreichend zu nutzen. Wir wollten nicht, dass unsere Mitarbeiter/innen zum grossen Teil in öffentlichen und sonstwie zugänglichen Dokumentenbeständen arbeiten, denn dann hätten wir uns dem berechtigten Vorwurf ausgesetzt, wir hätten es versäumt, unsere grosse Chance zu nutzen. Diese Chance bestand ja darin, dass wir uns in die *Archive der Privatunternehmen* begeben konnten, um dort den komplexen wirtschaftlichen Kooperationsbeziehungen und Finanztransaktionen mit den Achsenmächten, aber auch mit den Alliierten und andern Neutralen, auf die Spur zu kommen.

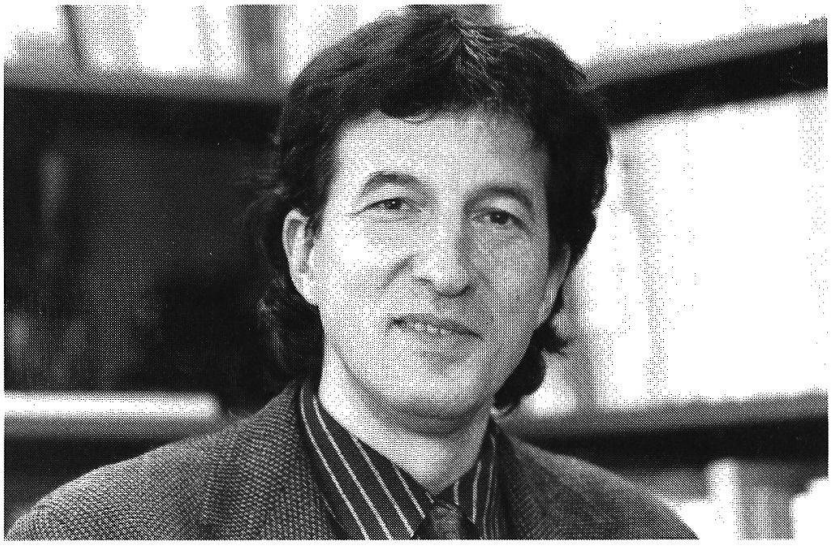
Dies vorausgesetzt, kann ich ohne weiteres zugestehen, dass wir keine umfassende Politik- und Mentalitätsgeschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg vorlegen. Eine solche bleibt in wesentlichen Teilen noch zu schreiben. Auf die *verheerende Rolle des Antisemitismus* weisen wir aber gerade im Flüchtlingsbericht deutlich hin und belegen dies auch ausführlich. Auch Stichworte wie «autoritäre Demokratie» fehlen nicht, werden aber – wie gesagt – nicht systematisch ausgeführt. Dies müsste übrigens mittels eines Forschungsprojekts geschehen, das europäisch und international vergleichend angelegt ist und das die vielfältigen Austauschbeziehungen im Bereich der politischen Leitbilder und der gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen mit einbezieht. Die Schweiz war auch diesbezüglich keine Insel.

NW: *Auch die Knebelung der linken Presse bis hin zu den Neuen Wegen war eine Form der Anpassung, derer sich die Schweiz doch eigentlich schämen müsste.*

JT: Ich teile diese Auffassung. Zugleich bin ich der Meinung, dass wir die 25 Studien, die wir publizierten, gut positioniert haben. Es gab weder Mittel noch Zeit, auch noch eine umfassende Monographie zur *Pressezensur* im Zweiten Weltkrieg zu erstellen. Immerhin konnten wir mit der Untersuchung, die wir bei *Kurt Imhof* und Mitarbeitern in Auftrag gaben, einige Muster der öffentlichen politischen Kommunikation aufdecken und zeigen, dass die Verdrängungsmechanismen der Nachkriegszeit schon in der Berichterstattung der Kriegszeit angelegt waren.

Beträchtliches Mass an bürgerlich-kapitalistischer Anpassungsbereitschaft

NW: *In einer Würdigung von Markus Mattmüller schreibst Du über dessen neue «sozialgeschichtliche Forschungsrichtung», dass damit «liebgewonnene nationale und lokale Geschichtsbilder durch die überlegene Beweiskraft empirischer Studien dahingerafft wurden», ja dass «perhorreszierte Begriffe wie ‹Klassenkampf›, ‹Proletariat›, ‹Ausbeutung› und ‹Kapitalismus›... nun plötzlich wieder als analytische Basiskategorien für die Interpretation auch der Schweizer Geschichte zu Ehren kamen» (NW 7/8-1998, S. 237). Im Bericht der UEK vermisse ich diese «analytischen Basiskategorien». Kaspar Villiger meinte bei der Präsentation des Schlussberichts gar, es sei «nicht die Zeit, sich den linken Wählern anzubiedern, indem das Zerrbild einer durch bürgerlich-kapitalistische Anpassung an die Nazis geprägten Profitierschweiz gemalt wird».*



Jakob Tanner: «Es gab in der Schweiz ein beträchtliches Mass an bürgerlich-kapitalistischer Anpassungsbereitschaft» (Bild: Keystone).

JT: Die Stärke unseres Schlussberichts liegt in seiner *deskriptiven Qualität*. Einzelne Kapitel sind theoretisch gut strukturiert, aber es gibt keine auf analytische Kategorien gestützte, übergreifende «Argumentationsarchitektur». Das hat auch mit der *Heterogenität der Kommission* zu tun. Wir konnten uns auf eine Relevanztopographie und auf einige Interpretationslinien einigen; doch wie man nun ein Konzept der «Klassengesellschaft» für die historische Darstellung produktiv machen könnte, das war schlicht kein Thema. Es hätte auch eine gewisse Gefahr bestanden, dass damit eine *zu schematische Geschichte* heraus-

gekommen wäre. «Das Kapital» ist – um einen wichtigen Punkt zu nennen – ebensowenig wie «die Arbeiterschaft» grundsätzlich pro- oder antisemitisch. Es zeigt sich hier ein beträchtliches Spektrum von Einstellungen, die mit der Unternehmenskultur, mit den Präferenzen und den Beziehungsnetzen von Entscheidungsverantwortlichen, mit dem Problembewusstsein arbeitender Menschen und ganz allgemein mit Mentalitäten zu tun haben.

Im übrigen muss man sehen, dass die These, die Haupttriebkraft des NS-Regimes sei der Kapitalismus gewesen, falsch ist. Sie führte in den 30er Jahren die Opposition gegen Hitler in die Irre und förderte während des Kalten Krieges eine repressive Staatsideologie in der DDR. Daraus nun wieder ein *Entlastungsargument für die schweizerische Kooperation* mit dem NS-Regime zu machen, halte ich für ebenso *wenig überzeugend.* Es gab, wie in den UEK-Studien nachgelesen werden kann, in der Schweiz ein beträchtliches Mass an bürgerlich-kapitalistischer Anpassungsbereitschaft.

Jakob Tanner: «Die Schweiz darf sich keine Unabhängigkeitsideologie leisten» (Medienorientierung vom 25. Mai 1998 in Zürich, rechts Jean-François Bergier. Bild: Keystone).

Humanitäre Selbstinszenierung als Wertmassstab

NW: *Es gehe nicht an, eine ganze Generation zu verurteilen, heisst es im konservativen Lager. Führt nicht gerade der Verzicht auf die «analytischen Basiskategorien» zu dieser pauschalen Verwahrung gegenüber angeblichen Pauschalvorwürfen?*

JT: Wir verurteilen in keiner Weise «eine ganze Generation». Das ist ein Vorwurf, den wir klar zurückweisen. Und zwar mit einem doppelten Argument: Zum einen war die sogannte «*Aktivdienstgeneration*» keineswegs so einheitlich, wie das heute von besonders lautstarken Kritikern der UEK behauptet wird. Es gab damals viele nachdenkliche *kritische Frauen und Männer,* die sich ihre eigenen Überlegungen machten und die ihr Nicht-Einverstandensein mit der damaligen Politik auch artikulierten.

Zum andern geht es uns auch da, wo wir klare Kritik üben, nicht um Verurteilen, sondern eher um eine Bewertung. Diese setzt nicht einfach bei heutigen Normen, sondern ebensosehr bei *damaligen Wertkategorien* an. Ein Land, das sich so humanitär inszeniert wie die Schweiz, darf sich nicht wundern, wenn man die Werte, für die es damals stehen wollte, ernst nimmt und zur Beurteilung der praktizierten Politik einsetzt. Da zeigen sich dann eben all die Diskrepanzen, auf die wir hinweisen. Gerade in diesem Bereich hätte eine stärkere Verwendung jener analytischen Kategorien, von denen oben die Rede war, übrigens keinen wesentlichen Vorteil gebracht.

NW: *Es gibt eine Kritik von Vertretern der sog. Aktivdienst-Generation, die Euch vorwirft, zu wenig den Kontext der damaligen Zeit, ihrer Sorgen und Ängste, gesehen zu haben. Am UEK-Bericht vermisse ich gerade umgekehrt die Auswertung zeitgenössischer Quellen, die sich kritisch mit der damaligen Politik der offiziellen Schweiz auseinandersetzten. Im Schlussbericht kommt z.B. Leonhard Ragaz nur einmal vor, und erst noch mit der völlig verfehlten Zuordnung einer «religiös-sozialen Variante» der dialektischen Theologie (S. 77).*

JT: Wir hatten einfach nicht den Anspruch, eine Gesamtgeschichte der

Schweiz im Zweiten Weltkrieg zu liefern. Trotzdem achteten wir darauf, dass wichtige Exponenten wie *Leonhard Ragaz* zumindest einmal vorkommen – aber dabei handelt es sich in keiner Weise um eine angemessene Analyse seines theologischen Werks, sondern gleichsam um eine *symbolische Markierung*. Wir sagen einfach: Es gab auch diese Positionen. Dass das für Zeitgenossinnen und Zeitgenossen, die sich für Leonhard Ragaz stark interessieren, unbefriedigend ist, leuchtet mir ein.

Die Schweiz im ökonomischen Kalkül des Dritten Reichs

NW: *Warum die Schweiz vom Krieg verschont geblieben ist, war eine Frage, die uns vor allem im Umfeld der GSoA-Initiative 1989 beschäftigt hat. Der Rekurs der UEK auf die Leerstelle eines «günstigen Schicksals» (S. 535) ist ja wohl nicht der Analyse letzter Schluss. Die NZZ rügt auf ihre Weise, dass «die Subspezies der Militärhistoriker» in Eurer Kommission aussen vor geblieben sei (NZZ 23./24.3.02). Was sagst Du zur These, dass Rüstungsexporte und Clearing-Kredite von über einer Milliarde Franken die Nazis weit mehr auf Distanz gehalten haben als die Truppen an der Grenze?*

JT: Aus meiner Sicht haben uns die *Militärhistoriker* bei der Beantwortung der Frage, wieso die Schweiz vom Krieg verschont blieb, bisher nicht wesentlich weitergeholfen. Die Militärgeschichte ist noch *zu stark operativ* ausgerichtet, sie arbeitet die zentralen mentalitäts-, geschlechter- und technikgeschichtlichen Zusammenhänge zu wenig heraus. In den meisten der vorliegenden Studien wird davor zurückgeschreckt, die Zustände in der Schweizer Armee nach 1933 und vor allem nach 1939 unbefangen zu analysieren. So erzeugt der Hinweis auf die *Bedrohung von aussen* ein *harmonisches Bild im Innern,* aus dem die heiklen Aspekte ausgeklammert werden.

Ein Beispiel: *Deutsche Militärplaner* erachteten es nicht nur als möglich, die wirtschaftlich wichtigen Gebiete der Schweiz zu besetzen, sondern sie zweifelten daran – und ich nehme auf eine Studie im Oktober 1940 Bezug – ob die Armeeführung überhaupt den Kampf aufnehmen würde. Damit lagen sie wohl falsch; umsomehr müsste man doch fragen, aufgrund welcher Informationen sie so dachten. Bei *Willi Gautschi* finden sich dazu wichtige Ausführungen, aber eine umfassende Analyse fehlt. Die *wirtschaftliche Kooperation* – und damit auch die Clearingmilliarde – hatte meines Erachtens einen *dissuasiven Effekt,* doch es hätte Situationen geben können, in denen dieses ökonomische Kalkül auf Seiten des «Dritten Reichs» nicht mehr spielte. Hitler fällte immer wieder Entscheide, die sich mit militärischer oder wirtschaftlicher Rationalität nicht begründen lassen.

Die Zeit des «Alleingangs» ist definitiv abgelaufen

NW: *Verstösse gegen die Neutralität, Verletzung der Menschenrechte durch die Flüchtlingspolitik, Kollaboration der Wirtschaft, insbesondere auch der Rüstungsindustrie mit einem menschenfeindlichen Regime werden im UEK-Bericht aufgezeigt. Was kann, was sollte die Schweiz von heute daraus lernen?*

JT: Die Schweiz sollte realisieren, dass sie kein «Sonderfall» ist – es sei denn in dem Sinne, dass alle Länder dieser Welt einige spezielle Probleme haben. Ein aussenwirtschaftlich dermassen abhängiges Land wie die Schweiz darf sich *keine Unabhängigkeitsideologie* leisten, die dieses Angewiesensein auf europäische Märkte und auf die Weltwirtschaft unsichtbar macht und verdrängt. Denn wenn das passiert – und dafür ist die Schweiz während des Zweiten Weltkriegs ein beredtes Beispiel – wird die *Neutralität zum Mythos*, der nach innen blendet und der nach aussen im Bedarfsfall gebrochen wird.

Das lief damals auf eine *schizoide Befindlichkeit* hinaus; man wusste ja schon, dass man die produzierten Qualitätsgüter verkaufen musste, aber man zog daraus keine Konsequenzen, sondern lebte geistig lieber in einem Fortifikationssystem, das einem von unangenehmen Fragen abschottet. Meine Schlussfolgerung lautet also: die Schweiz ist ebenso wie andere Länder auf eine funktionierende Friedensordnung und «Weltinnenpolitik» angewiesen, die Zeit des «Alleingangs» ist definitiv abgelaufen. Deshalb muss die Schweiz eine assoziative, aktive Aussenpolitik betreiben.

NW: *Ich denke z.B. auch an die Aufarbeitung des Verhältnisses der Schweiz zum Apartheidregime in Südafrika.*
JT: Die Verdrängung der wirtschaftlichen Kooperation mit dem NS-Regime und die Sonderfallideologie haben die Schweiz dazu prädestiniert, das für viele Unternehmen profitable *«Modell Zweiter Weltkrieg»* nach 1945 im Zeichen des Kalten Krieges weiter zu praktizieren. Man hat zwar damals die «Neutralität» als aussenpolitische Maxime mit «Solidarität», «Disponibilität» und «Universalität» angereichert, man führte den härtesten Kampf gegen «Ostblockländer», aber wenn es um ein *Unrechtsregime wie Südafrika* ging, dann sah man keine Probleme, zog man einen andern Massstab hervor und kooperierte. Auch diese Geschichte ist inzwischen zum politischen Problem geworden. Das zeigt, dass ein Bewusstseinswandel eingetreten ist, dass der moralische Doppelstandard der Vergangenheit heute nicht mehr so einfach funktioniert.

«Nation» und «Neutralität» bieten keine Sicherheit

NW: *«Von einer ‹schleichenden Natoisierung› der Schweizer Armee» hast Du schon an der Jahresversammlung 1988 der Neuen Wege gesprochen (NW 1/1989, S. 22). Das war ja schon beinahe «prophetisch». Nachdem die Armee nach dem Scheitern von GSoA II einmal mehr nicht abgeschafft wird, wofür soll sie Verwendung finden?*
JT: Die *Friedenssicherung* ist heute mehr denn je eine grenzüberschreitende, eine *transnationale Aufgabe,* ein Test auf die internationale Kooperationsfähigkeit. Wenn jede Nation ein Verteidigungsministerium unterhält, das sich auf den «worst case» glaubt einzustellen zu müssen, dann entstehen unkoordinierte Angriffspotentiale von erschreckendem Ausmass. Die «Nation» als mentales Mo-dell und politische Organisationsform bietet heute gerade im militärischen Bereich keine Sicherheit mehr; im Gegenteil sind nationalistische Bestrebungen weltweit zu gefährlichen Destabilisatoren geworden.

Was die Schweiz betrifft: Anstatt auf die Armee zu starren, die ja – wie vorauszusehen war – die zweite Abschaffungsinitiative besser überlebte als die erste, sollten friedensbewegte Kräfte, die sich für nicht-militärische Lösungswege interessieren, stärker als bisher über mögliche *Formen einer grenzüberschreitenden Friedensarbeit* nachdenken. Dabei sind auch unbequeme Fragen zu stellen. Z.B. jene, dass es nach dem Ende des Kalten Krieges auch gilt, gewaltbereite Gruppen zu stoppen und Regierungen, die Menschenrechte und internationale Regeln mit Füssen treten, zu sanktionieren. Man darf marodierende Warlords, welche die Zivilbevölkerung terrorisieren und gegnerische Bevölkerungsgruppen systematisch vertreiben und umbringen, nicht mehr tolerieren. Doch wie schreitet man wirkungsvoll gegen solche destruktiven Kräfte ein? Die Diskussion darüber steckt erst in den Anfängen.

So ist die *Friedensbewegung,* die es sich während des Kalten Krieges etwas zu bequem gemacht hat, immerzu *gespalten* zwischen jenen, die Militärinterventionen als das kleinere Übel befürworten (und damit «Kollateralschäden» und Perspektivlosigkeit in Kauf nehmen)

und jenen, die sie ablehnen (und sich damit die Frage stellen lassen müssen, ob sie nicht den Gewalttätern indirekt in die Hände arbeiten).

NW: *Du hast in jenem Referat die «bewaffnete Neutralität» als «nationale Ersatzreligion» bezeichnet, die «einem prekären sicherheitspolitischen Realitätsverlust Vorschub» geleistet und «ein nationalegoistisches Selbstbildnis» (S. 23) gestärkt habe. Signalisieren der UEK-Bericht auf der theoretischen und der UNO-Beitritt auf der praktischen Ebene das Ende dieses Mythos?*

JT: Das würde ich so sehen. *Schweden* hat inzwischen die Neutralität verlassen. Die Schweiz ist diesbezüglich wertbeständiger. Vielleicht würde ich heute nicht mehr von «Ersatzreligion» sprechen, sondern die *Neutralität* als Kern des nationalen Selbstverständnisses direkter als «religiös» im Sinne einer radikalen Kontingenzbewältigung bezeichnen. Was auch immer passiert, die Schweiz hat die rettende Lösung schon immer parat. Dies ist eine Art *fundamentalistischer Glaube,* der nicht weiterhilft. Er täuscht nicht nur über die Herausforderungen der Gegenwart hinweg, sondern verdunkelt die im Vergleich zur politischen Bedeutung wichtige wirtschaftliche Rolle der Schweiz.

Gerechtigkeit und Demokratie gehören zusammen

NW: *Die nationalkonservative Rechte wird dennoch immer stärker. Das «sozial-demokratische Zeitalter» in Europa nähert sich wohl seinem Ende. Wenn es denn je eines in der Sache und nicht nur in der Denomination der regierenden Parteien gewesen wäre. Gibt es für Jakob Tanner überhaupt noch eine linke Perspektive?*

JT: Vieles, was früher die *Einteilung der Welt* in «links» und»«rechts» ermöglichte, ist heute *aus den Fugen* geraten. Das Koordinatensystem hat sich verschoben, der Orientierungsgewinn der Links-rechts-Unterscheidung ist geschrumpft. Es gibt linke Nationalisten und linke Kosmopoliten, es gibt linke Wachstumspromotoren und linke Fortschrittskritiker. In fast allen wichtigen Fragen der Gegenwart ist die *Linke gespalten.*

Eine Perspektive, die man heute noch als links bezeichnen könnte, müsste erstens an einem Postulat *sozialer Gerechtigkeit* festhalten. Es kann keine produktiven und prospektiven Auseinandersetzungen zwischen Menschen geben, wenn die einen kurz vor dem Verhungern sind, während die andern im Fitness-Studio dafür sorgen, dass sie nicht durch Überessen zu Tode kommen. Die heute erkennbar flagrante Ungleichheit in den Lebensbedingungen ist Ausdruck von Machtasymmetrien, aufgrund derer sich enorme Konfliktpotentiale aufbauen. Ungerechtigkeit untergräbt zentrale Zielsetzungen einer Welt, in der Menschen sich gegenseitig gleiche Rechte zuerkennen und gleichzeitig kulturell unterschiedlich sein können.

Zweitens ist *Demokratie* zentral. Es gibt keine Kräfte, die uns aufgrund überlegener Weisheit oder Wahrheit sagen könnten, wo es lang geht. Alle diese Avantgardemodelle sind gescheitert und modernisierte Führungsideologien bieten keinen Ausweg. Wohin wir wollen, das können wir nur gemeinsam herausfinden. «Gemeinsam» tönt in einer Welt, in der die Chancen und Möglichkeiten ungleich verteilt sind, oft etwas beschönigend. Deshalb gehören Gerechtigkeit und Demokratie zusammen. Doch das eine als Voraussetzung für das andere zu begreifen, würde zu kurz greifen. Es braucht eine Auseinandersetzung, in der gesellschaftliche Veränderungsprojekte auf ihre Praktikabilität, auf ihre Konsequenzen hin ausgelotet werden können. Diese Zielsetzungen sind nicht leicht umzusetzen. Sie müssen als regulative Ideen, als Sensibilitäten verstanden werden, die zunächst einmal da wirksam werden müssen, wo wir selber leben. •